

Ein Meinungsaustausch zum Kohleausstieg

Auszug aus einem Brief des M.d.B. Dr. Luczak vom 25.6.2020 an die Ökumenische Umweltgruppe, z.Hd. Frau Margrit Schmidt

Sehr geehrte Frau Schmidt,
Hinsichtlich des Kohleausstiegs habe ich die von "Parents for Future" aufgeworfenen Fragen mit großem Interesse gelesen. Die Entscheidungen zum Ausstiegstermin und der Hinwendung zu erneuerbaren Energien mussten im Hinblick auf eine Vielzahl von Faktoren getroffen werden und orientieren sich deshalb an den energiepolitischen Empfehlungen der Kohlekommission. So sind in Deutschland gut 20.000 Menschen im Braunkohletagebau beschäftigt, denen nach dem Ende der Kohlenutzung eine verlässliche Perspektive geboten werden muss. Darüber hinaus wird auch der Ausbau der erneuerbaren Energien Zeit in Anspruch nehmen. Dabei ist es meiner Meinung nach auch wichtig auf die Menschen Rücksicht zu nehmen, in deren Umgebung die Windkraftanlagen entstehen sollen.

Vielen Dank für Ihre Anregungen, Frau Schmidt. Ich hoffe ich konnte Ihnen meine Position näher bringen.

Herzliche Grüße Dr. Jan-Marco Luczak

Auszug aus einem Brief der Ökumenischen Umweltgruppe an M.d.B. Dr. Jan-Marco Luczak vom 28.06.2020

Sehr geehrter Herr Dr. Luczak,
Ich denke mal, wir sind uns einig, dass der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen unerlässlich ist, um den Anstieg der Erderwärmung innerhalb dieses Jahrhunderts auf maximal 2 Grad C zu begrenzen. Das ist die Grundannahme der Pariser Klimaverträge zu denen sich auch Deutschland verpflichtet hat. Ohne eine solche Begrenzung erwarten uns nach dem Urteil der Wissenschaft häufigere und intensivere Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen, Stürme, Anstieg der Meeresspiegel, Landverlust, Versalzung der Böden, Hunger, verstärkte Verteilungskämpfe, verstärkte Migrationsströme, dramatisches Artensterben. Diese globalen Störungen treffen auch unsere eigene Volkswirtschaft massiv. Die Pariser Verträge unterstreichen auch, dass das Zeitfenster für die Abwendung einer Katastrophe sehr klein ist und jedes Abwarten uns teuer zu stehen kommt.

Vor diesem Hintergrund ist der schnelle Ausstieg aus der Kohle politisch und wirtschaftlich notwendig. Und es ist überhaupt keine Frage, dass beim Ausstieg aus der Kohle die Arbeitsmarktfolgen berücksichtigt werden müssen. Mit dem vorliegenden Gesetz werden doch bis 2038 Arbeitsplätze gestützt, die eher volkswirtschaftlichen Schaden für das Land nach sich ziehen. Wem ist mit dem weiteren Erhalt dieser Arbeitsplätze gedient? Die Kumpels arbeiten mit steuerlicher Unterstützung für einen unwirtschaftlichen Wirtschaftszweig. Wäre es nicht vernünftiger, sofort alle Mittel in die Konversion hin zu einer klimaneutralen Energiewirtschaft zu investieren und hier die neuen Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen im Bereich der erneuerbaren Energien, der Kraft-Wärme-Kopplung, der Speichertechnologie, der Gebäudesanierung unter Einbeziehung des Mittelstandes, des Handwerks und der Privatinitiative von Bürgern?

Mit freundlichen Grüßen Pfarrer i.R. Reinhart Kraft